Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1923

16.11.1923 (No. 267)

Visual Library

№ 267 Freitag, den 16. November 1923 166. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert wöchentlich 140 Milliarden M. — Einzelnummer 20 Milliarden M. — Anzeigengebühr: 120 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Schlüsselzahl heute 800 000 000. Briefe u. Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, sollte die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen

Reich und Länder

von Dr. E. Baumgartner, Präsident des Badischen Landtags.

Unter der gleichen Überschrift, wie ich sie hier absichtlich aufnehme, hat der Heidelberger Universitätsprofessor Dr. Alexander Graf zu Dohna in einem Artikel in der „Badischen Presse" vom 13. November d. J. Stellung genommen zum Konflikt des Reiches mit Bayern. Er ist der Meinung, daß keine Ausgleichsversuche den Riß, der sich zwischen Bayern und dem Reiche aufgetan hat, nicht mehr zu verkleben vermögen". Er gibt dann die Gründe an, die ihn zu dieser Auffassung der Lage gebracht haben, und kommt zur Schlußfolgerung, daß ein Zwang gegen Bayern, zu dessen Anwendung das Reich verfassungsmäßig befugt wäre, aus realen und idealen Erwägungen heraus außer Betracht bleiben müsse. Nur gewissenloser Doktrinarius könnte sich zu solchen Vorstellungen versteigen. Darin stimme ich nun mit Herrn Professor zu Dohna vollkommen überein, daß das Reich unter den derzeitigen Verhältnissen nicht mit den äußersten Zwangsmitteln seinen Willen durchsetzen kann. Ich bin aber nicht seiner Meinung, wenn er glaubt, daß der Riß zwischen dem Reich und Bayern unheilbar sei. Der Verfasser hält zwei Wege für möglich: Entweder die Revision der Weimarer Verfassung im Sinne der Lockerung der Bande, die Bayern an das Reich ketten. Es frage sich aber, welche Rückwirkung das auf das Verhältnis des Reichs zu den andern Ländern auslösen müßte. Professor zu Dohna frägt weiter, ob man das, was man um des Friedens und der inneren Konsolidierung willen Bayern nicht mehr versagen könne, deshalb auch allen übrigen Gliedern gewähren solle, oder ob sich nicht auch die gerade entgegengesetzte Schlußfolgerung mit Vernunftgründen rechtfertigen ließe, d. h. daß „die übrigen Länder des Reiches die Begehrlichkeit Bayerns damit beantworten, daß sie auf die ihnen verbliebenen Vorrechte verzichteten". Die Vorteile für das Reich wären nach seiner Meinung unvergleichlich: Den Loslösungsbestrebungen, die im Partikularismus schon ihren besten Bundesgenossen gefunden hätten, würde damit der Riegel vorgeschoben. Ebenso wäre der Kraftzuwachs für das Reich von gleichem Werte. Nachdem das Reich über die ihm von vornherein gewährte Machtstellung hinaus — auf Grund der neuen Verfassung — die Militär-, die Verkehrs- und die Finanzhoheit an sich gerissen habe, sei den Ländern von den wesentlichen Bestandteilen der Souveränität nur die Polizeihoheit geblieben.

Aber gerade diese brauche das Reich über die Länder. Das Reich müsse, so meint Prof. zu Dohna, endlich die Machtbefugnisse erhalten, deren es bedürfe, um dem gesamten deutschen Volke nach außen und innen die großen Ziele zu weisen. Dazu sei erforderlich, daß die Gliedstaaten des Reiches den Rest ihrer Staatlichkeit, den Rest ihrer eigentlichen Hoheitsrechte dem Reiche zum Opfer bringen!

Dazu will ich hier nur einige kurze Bemerkungen machen. Wenn man auch in den übrigen deutschen Ländern außerhalb Bayerns in weitesten Volkskreisen die Reichsfreudigkeit vollends totschlagen will, dann darf man den Weg gehen, den Professor zu Dohna vorschlägt. Nein, so geht es wirklich nicht! Das Reich in seiner Unversehrtheit retten wir nicht durch Unitarisierung, sondern nur durch den Ausbau der Weimarer Verfassung im Sinne eines „wohlüberlegten Föderalismus", wie die „Karlsruher Zeitung" mit Recht am 23. Oktober geschrieben hat. Nur wenn die Zusage, die der Reichskanzler Dr. Stresemann am 24. Oktober den Ländern gemacht hat, daß er bereit sei, möglichst bald in Verhandlungen mit den Ländern einzutreten, über die Frage größerer Selbständigkeit der Länder zu erörtern, gehalten wird, nur dann kann und wird Beruhigung eintreten und kann eine innere Festigung des Reiches wieder möglich werden. Wer die Debatten über die Kompetenzverteilung zwischen Reich und Ländern nicht nur im Badischen Landtag, in der Presse und in Versammlungen in unserem Lande, sondern auch im Reichstag z. B. anläßlich der Beratung des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. Juni 1923 wie auch in anderen deutschen Parlamenten verfolgt hat, der kann über die wahre Volksstimmung in den weitesten Kreisen über die Kompetenzverteilung zwischen Reich und Ländern gar nicht im Zweifel sein.

Ich darf wohl in diesem Zusammenhang hinweisen auf meinen Artikel „Zentralisierung und Selbstverwaltung" in dieser Zeitung Nr. 238 vom 13. Oktober, wo ich u. a. die Ausführungen des demokratischen Reichstagsabgeordneten, des Reichsminister a. D. Dr. Koch u. a. im Auszug wiedergab.

Nicht noch weitere Einengung der Bewegungsmöglichkeit der Länder, nicht noch weitere Opfer an Hoheitsrechten der Länder, sondern Rückgabe derjenigen Bestandteile der Staatshoheit, die nicht unbedingt zu den Lebensnotwendigkeiten des Reiches, wohl aber zu denen der Länder gehören, an diese, Stärkung des Einflusses des Reichsrats durch Änderung seiner verfassungsmäßigen Stellung, Rückgabe der Finanzhoheit an die Länder, Beschränkung der Gesetzgebungstätigkeit des Reiches auf die Rechtsgebiete, die eine Rechtseinheit für das ganze Reich unbedingt erfordern, das sind die Forderungen, wie sie in den deutschen Landen allüberall erhoben werden. Nicht der unitarische Einheitsstaat, sondern der Bundesstaat mit Einheitlichkeit nur in den Lebensnotwendigkeiten des Reiches, aber Selbständigkeit in allen übrigen Dingen für die Bundesglieder ist Wunsch und Ziel namentlich unserer süddeutschen Bevölkerung, auch wohl des größten Teils des badischen Volkes, das allzeit treu zum Reiche stand und stehen wird.

Wirtschaftliche Umschau

Das Datum des gestrigen Tages soll den offiziellen Tag der Einführung der Rentenmark angeben, welche bis zur Einführung der Goldwährung eine Zwischenlösung darstellen soll. Wir haben schon vor 8 Tagen unsere Besorgnis ausgedrückt und hierzu auf eine Reihe von Vorgängen hingewiesen, daß das Inslebentreten der Rentenmark, dem ja bis dahin schon immer neue Schwierigkeiten erwachsen waren, nicht so ganz einfach von Statten gehen werde. Diese unsere Besorgnis hat sich als gerechtfertigt gezeigt.

Das schwerwiegendste Hindernis ist die Sorge um die Erwerbslosen im Rhein- und Ruhrgebiet, die ungeheuere Beträge erfordert und in der bisherigen Weise nicht fortgesetzt werden kann, soll nicht die deutsche Finanz- und Währungsreform von vornherein zum Scheitern verurteilt sein. Was die Reichsregierung angekündigt hat und gezwungen ist, durchzuführen, ist nichts anderes als die finanzstrategische Preisgabe eines Gebiets — das ähnlich wie im Krieg aus strategischen Gründen geräumtes Land dem Feind überlassen werden muß, der für die weitere Entwicklung dort die volle Verantwortung trägt. Auch im Kriegsfall wären wir nicht imstande gewesen, bei einem französischen Vormarsch ins Ruhrgebiet, der Bevölkerung zu helfen. Was heute geschieht, illustriert uns wiederum die von leitenden Persönlichkeiten Frankreichs ja offen zugegebene Tatsache, daß der Versailler Friede für Frankreich nichts anderes ist, als der Krieg mit anderen Mitteln ein Krieg grausamster Art, der Millionen der bittersten Not und dem Hunger preisgibt.

*

Mit dem Erscheinen der Rentenmark soll folgendes eintreten:

1. Die Stillegung der Notenpresse. Es hört die Übung auf, einfach Papiergeld zu drucken, um die Ausgaben des Reichs und seiner Kostgänger, der Länder und Gemeinden zu bestreiten. Dadurch ist nicht nur das Reich gezwungen, aus tatsächlichen Steuereinnahmen seine Ausgaben zu bestreiten, sondern auch die Länder und Gemeinden. Die notwendige Folge muß eine grundlegende Finanzreform sein, deren Schwierigkeiten schon aus der Tatsache ersichtlich werden, daß in der letzten Oktoberdekade nur ein Tausendstel der Reichsausgaben durch Einnahmen aus Steuern usw. gedeckt wurden. Eine verhältnismäßig kurze Übergangsfrist soll die Durchführung der Finanzreform gestatten, bis dahin soll der Fehlbetrag durch den 1,2 Goldmilliardenkredit der Rentenbank gedeckt werden. Der neue in Gold aufgestellte Übergangsetat des Reichs soll dem bereits Rechnung tragen. Es stehen weitgehende Steuerreformen und tiefgreifende Sparmaßnahmen in Aussicht. Wie das Reich werden auch die Länder und Gemeinden, die wieder die Verantwortung über ihre Finanzgebahrung zurückbekommen sollen, vorgehen müssen.

2. Mit der Stillegung der Notenpresse soll eine Stabilisierung der Papiermark eintreten, vor allem muß dies dadurch geschehen, daß sie entweder in ein festes Verhältnis zum wertbeständigen Geld gebracht wird oder schnellstens aus dem Verkehr verschwindet, andernfalls würde entsprechend dem Gesetz, daß bei zweierlei Geld das gute Geld aus dem Verkehr verschwindet, die Rentenmark das gleiche Schicksal wie die Goldanleihe erleiden, d. h. gehamstert oder verschoben werden.

*

Das Thema Geld und Preis wird natürlich auch nach der Einführung der Festwährung auf der Tagesordnung stehen, wenn es auch nicht mehr so unendlich kompliziert und unübersichtlich sein wird, wie es gegenwärtig ist.

Die nachstehende Tabelle zeigt dies deutlich. Sie ermöglicht eine Vergleichung unserer tatsächlichen Preise mit Pariser Preisen (entnommen der Zeitschrift „Le Progrès Civique") und gibt in ihrer letzten Spalte die Preise an, welche sich analog den Pariser Preisen nach den Berliner Einheitskurs vom Donnerstag dieser Woche bei uns hätten ergeben müssen.

Ware	Pariser Preise 1923	Gegenwärtige Pariser Preise	Karlsruher Preise vom Donnerstag	Die gegenwärtigen Pariser Preise nach dem Berl. Einheitskurs v. Donnerstag berechnet	
	Frank	Frank	Goldmark	in Milliard. Papiermark	in Goldmark
Weißbrot (kg)	0.40	1.15	0.83	161	—.27
Fleisch (Pfd)	1.20	5.50	1.50	770	1.28
Eier (Dutzend)	1.50	8.00	1.80	1120	1.87
Butter (Pfd)	1.40	7.50	2.60	1050	1.75
Milch (Liter)	0.15	1.10	0.28	154	—.25
Öl (Liter)	1.30	4.25	1.90	595	—.99
Kleine Erbsen (kg)	0.60	1.30	0.50	182	—.30
Petroleum (Liter)	0.40	1.45	0.38	203	—.33
Zucker (kg)	0.70	4.00	1.24	560	—.93
Käse (½ Pfd)	0.35	1.50	0.60	210	—.35
Kaffee (Pfd)	2.80	5.60	4.90	784	1.30
Reis (kg)	0.60	2.00	0.95	280	—.47

Zur Erläuterung der Tabelle ist zunächst ein Hinweis auf die Tatsache notwendig, daß der französische Frank heute auf den dritten Teil seines Wertes im Vergleich zur Vorkriegszeit gesunken ist, daß also die gegenwärtigen Pariser Kleinhandelspreise durchschnittlich höchsten 4½mal so hoch sein dürften als die dortigen Friedenspreise, wenn man dabei die allgemeine etwa 50prozentige Steigerung der Weltmarktpreise gleich mit in Betracht zieht.

In der Tabelle sind für uns augenblicklich die Spalten die wichtigsten, welche die Karlsruher Goldmarkpreise und die Pariser Preise, nach Goldmark berechnet, enthalten, also die 4. und die 6. Spalte. Ein Vergleich zeigt hier, daß unsere Inlandgoldmarkpreise größtenteils weit über den Pariser Preisen stehen.

Dabei sei auch darauf hingewiesen, daß die französischen Preise an und für sich schon zum Teil erheblich über den Weltmarktpreisen stehen. Ein Vergleich der Karlsruher Preise mit englischen und amerikanischen Preisen würde einen noch größeren Unterschied zeigen. Die Tabelle zeigt dies auch in Spalte 2 und 3 deutlich.

Das Thema der „vie chère", der Teuerung bildet eine dauernde Rubrik in der Pariser Presse. Auch in Frankreich sind die Preise durch Ausnützung der Konjunktur und die Franksverschlechterung zum Teil ungerechtfertigt in die Höhe getrieben. Dabei sei allerdings erwähnt, daß nach Pariser Zeitungsanzeigen dort zurzeit fertige Herrenanzüge für 50, 95 und 149 Francs, Winterüberzieher zu 39, 70, 115 und 175 Frs. bereits zu haben sind.

Im Einzelnen wollen wir es uns versagen, Kommentare zu den Ziffern der obigen Tabelle zu geben. Nur darauf hinweisen möchten, daß es unangebracht wäre, von einem Extrem ins andere zu fallen, den Berliner Einheitskursen jede Berechtigung abzustreiten und dafür die im Ausland notierten Kurse für die Mark allein als maßgebend anzusehen, die größtenteils auf die Spekulation der schwarzen Börsen zurückzuführen sind, zum Teil auch aus politischen Gründen, wie die französischen Zwangskurse im besetzten Gebiet, absichtlich eine niedere Bewertung der Papiermark propagieren.

*

Die Frage der Warenpreise ist natürlich von eminentester Wichtigkeit nicht nur für den Einzelnen, sondern für die deutsche Gesamtwirtschaft als solche. Die zuständigen Stellen des Reichs stehen heute vor dem Problem, wie die deutsche Industrie wieder konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt gemacht werden soll. Bei der bisherigen Preisentwicklung ist dies absolut ausgeschlossen. Andererseits ist dies absolut notwendig da ohne Besserung unserer Handelsbilanz eine wirtschaftliche Gesundung nicht möglich ist und das überbevölkerte Deutschland sich nur durch Absatz der Produkte seiner Arbeit an das Ausland ernähren kann.

Fangen wir bei dem Konsumenten an! Es ginge jemand in ein Geschäft, um heute vormittag ein paar Gummiabsätze auf seine Schuhen anbringen zu lassen, der Preis: (1,30 Goldmark!) betrüge also ein mehrfaches dessen was sie als Ware und Arbeit auch nach dem Weltmarktpreis gemessen wert sind, er ginge darauf in einen Laden um ¼ Pfund Butter zu kaufen, der Preis: (400 Milliarden Papiermark = ⅔ Goldmark) ist gleichfalls mehr als doppelt so hoch als der Friedenspreis und überschreitet auch erheblich den Weltmarktpreis. Der Betreffende, der Goldanleihe hat, würde sich hüten damit zu bezahlen. Er würde aber die Papiermark hingeben, mit deren weiteren Entwertung am Nachmittag er ja rechnen mußte. Vielleicht würde er auch — trotz aller angesichts solcher Tatsachen ganz unfruchtbaren Ermahnungen, damit rechnen, seine

Goldanleihe an einen Schieber vorteilhafter los zu werden als gegen Waren. Die Goldmarkpreise sind eben keine solchen, sondern, besonders nachdem sie für viele Waren einfach verdoppelt worden sind, lediglich Grundpreise für die Papiermarkrechnung, in die man großzügig gleich den Entwertungsfaktor der Papiermark einkalkuliert hat.

Es wäre nun verfehlt, kurzerhand dem **Einzelhandel** daran die Schuld zu geben, denn vom Einzelhandel fordern **Grossisten und Fabrikanten unbekümmert ebenfalls** erhöhte und verdoppelte Grundpreise. So tritt die Erscheinung auf, daß **der Konsument** mit seinem wertbeständigen Geld die Last der Papiermarkentwertung mittragen muß, wenn er dafür Ware kaufen will. Die Folge ist, daß der Einzelhandel nur in geringem Maß wertbeständiges Geld erhält, das er aber für den Einkauf neuer Waren braucht, daß schließlich nicht nur ein circulus vitiosus unaufhaltsamer Teuerung, sondern überhaupt eine **Katastrophe und Stagnation der gesamten Wirtschaft** zu entstehen droht. Denn der **Fabrikant** muß eben entweder höhere, solchen Warenpreisen angemessene Löhne bezahlen oder — ist er dazu nicht imstande — seinen Betrieb stillegen. Diese ganze Entwicklung bringt nicht nur momentane soziale Gefahren hervor, sondern bedeutete nichts anderes als von den vornherein sicheren **Zusammenbruch der gesamten deutschen finanziellen und wirtschaftlichen Sanierungsaktion**, wenn es einer zielbewußten Währungs- und Wirtschaftspolitik nicht gelingt, hier Abhilfe zu schaffen.

Daraus ergeben sich ohne weiteres die nächsten und dringendsten Aufgaben: **Mit dem zweierlei Geld** muß aus dem oben erörterten Gründen **ein Ende gemacht**, die Papiermark in ein festes Verhältnis, eine Relation zu den wertbeständigen Zahlungsmitteln gebracht werden. Es muß eine wirkliche Notierung unserer wertbeständigen Zahlungsmittel herbeigeführt und ihre Stabilität mit allen Mitteln gesichert werden. Mit diesen Maßnahmen in enger Verbindung muß die Aus- und Einfuhrpolitik rücksichtslos — allein von den Interessen der Gesamtheit geleitet — ein Preisniveau herbeizuführen suchen, das der deutschen Industrie weiter zu produzieren und die deutsche Handelsbilanz zu verbessern gestattet und die Schranken abbaut, welche uns noch von der natürlichen Preisentwicklung auf dem Weltmarkt abschließen.

Carl Aug. Seyfried.

Die Rentenmark

Der Verwaltungsrat der Rentenbank beim Reichskanzler

Am Donnerstag, dem Tag der Ausgabe der Rentenmark, empfing der **Reichskanzler** den **Verwaltungsrat und Vorstand der Deutschen Rentenbank.**

Aus den Kreisen des Verwaltungsrates wurde darauf hingewiesen, daß nur ein wertbeständiges Zahlungsmittel die Voraussetzung für eine Gesundung der Wirtschaft sein könne. Es sei vor allen Dingen eine **auswärtige Politik** notwendig, die der starken Herabminderung der deutschen Wirtschaft entspreche, ferner die **Ausbalancierung des Reichshaushalts**, wobei unter Hintansetzung aller Parteirücksichten auf eine unbedingte Sparsamkeit gedrungen werden müsse. Notwendig sei ferner der **Abbau des Beamtenapparates**, die Beseitigung der produktionshindernden Steuern und statt dessen Einführung verständlicherer und erträglicherer Steuern, wie Verselbständigung der Finanzen der Länder und Gemeinden unter Oberaufsicht des Reiches, aber unter deren eigener Verwaltung, die Loslösung der Reichsbetriebe aus dem allgemeinen Etat. Die Voraussetzung für die Wertbeständigkeit des neuen Zahlungsmittels sei im übrigen die **Aktivierung der Zahlungsbilanz**, die nur durch die Förderung der Ausfuhr erreicht werden könne. Deshalb müsse die deutsche Produktion wieder wettbewerbsfähig gemacht werden. In diesem Zusammenhang sei die Änderung des **Arbeitszeitgesetzes** und die Befreiung von Tarifverträgen zu fordern. Eine vollständige **Beseitigung der Erwerbslosenfürsorge** werde sowohl dem Wirtschaftsleben wie der Entlastung des Reichshaushalts zugut kommen. Nur unter der Voraussetzung, daß diese Forderungen erfüllt werden, würde nach Ansicht des Verwaltungsrates der Rentenmark die Rentenmark Vertrauen im Volke gewinnen und erhalten können.

Der **Reichskanzler** erklärte zu den wesentlichsten Grundgedanken der Darlegungen seine **Zustimmung**. Die Reichsregierung bemühe sich mit größtem Nachdruck, die Forderungen der einzelnen Ämter auf das äußerste zu beschränken. Durch Befolgung der von dem Verwaltungsrat der Rentenbank entwickelten Grundsätze sei auch nach Auffassung des Reichskanzlers allein die Möglichkeit gegeben, die Währungsverhältnisse und damit die gesamte deutsche Wirtschaft zu erträglichen Zuständen zu führen. Bereits in den nächsten Tagen werden **Maßnahmen** veröffentlicht werden, die einen Teil der vorgetragenen Wünsche der Erfüllung näher brächten.

Einen größeren Raum der Erörterungen nahm auch die Frage ein, **wie** die Rentenmark möglichst schnell **in den Verkehr gebracht werden könnte.** Der Buchdruckerstreik habe zwar die Herstellung der Noten um einige Tage verzögert, indeß könne damit gerechnet werden, daß auch, abgesehen von den Zahlungen, die das Reich in den nächsten Tagen leistet, nicht unerhebliche Beträge zur Einlösung von Papiermark gegen Rentenmark bereitgestellt würden. Der dringende Bedarf der Wirtschaft nach Gewährung von Krediten in Rentenmark werde so bald wie möglich befriedigt werden müssen. Nach der Verordnung sei die **Kreditgewährung an die Vermittlung der Reichsbank und der Privatnotenbanken** gebunden. Die Verhandlungen mit der Rentenbank seien bereits eingeleitet.

Wie weiter gemeldet wird, stehen der Reichsregierung zunächst etwa rund 200 Mill. Rentenmark fertiges Geld z. Verfügung. Der **Kredit** der Rentenbank für das Reich ist nach der Verordnung über die Errichtung der Bank auf 1200 Millionen Rentenmark bemessen. Das Reich wird für die **Übergangszeit** vom 15. November 23 bis 31. März 1924 mit einem Kredit von insges. 800 Millionen Rentenmark zur Deckung des Etatsdefizits rechnen dürfen. Dieser Kredit steht dem Reich zunächst nur zu einem **Teilbetrag** zu. Da sich die Reichsregierung entschlossen hat, die **Unterstützungen für das Rhein- und Ruhrgebiet** noch für 10 Tage bis zum 25. November zu gewähren, war es notwendig, auch hierfür **Deckung** zu schaffen. Dem Vernehmen nach ist es in der Weise geschehen, daß die Rentenbank dem Reich noch einen **neuen Kredit** von 100 Millionen Rentenmark eröffnet hat.

*

Von zuständiger Berliner Stelle wird mitgeteilt: Den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Reiches und den Beamten und Angestellten der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbänden) wird am 15. und 16. November zum ersten Mal ein Teil ihrer Bezüge in **Rentenmark** ausbezahlt. Aus kassentechnischen Gründen wird hierbei ein **Umrechnungssatz** von 300 Milliarden zugrundegelegt. Dieser Umrechnungssatz hat nur rechnerische Bedeutung für das Innenverhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden als Arbeitgebern einerseits und den obengenannten Gehalts- und Lohnempfängern andererseits. Der Kursfestsetzung der Rentenmark für den öffentlichen Verkehr sollte hierdurch in keiner Weise vorgegriffen werden. Inzwischen ist der Kurs der Rentenmark für den öffentlichen Verkehr auf 600 Milliarden festgesetzt worden. Die **erhöhte Zahlung**, die sich hieraus für die genannten Gehalts- u. Lohnempfänger ergibt, wird bei der Festsetzung der Nachzahlungen für das **dritte Novemberviertel** und die entsprechende Arbeiterlohnwoche **berücksichtigt** werden.

Öffentliche Kassen und Rentenmark

Die Reichsregierung wird den Kurs, zu dem die **öffentlichen Kassen die Rentenmark anzunehmen haben, jeweils veröffentlichen.** Er soll sich decken mit dem über den jeweiligen **Dollarkurs** zu errechnenden **Wert der Goldmark.** Die Devisennotierungen werden in der bisherigen Weise fortgesetzt, d. h. es bleibt einstweilen beim **System des Einheitskurses.**

Ausdehnung der Devisengesetzgebung

Es wird eine Verordnung über die **Ausdehnung der Devisengesetzgebung auf die Rentenmark, Goldanleihe und wertbeständiges Notgeld** angekündigt. Danach unterliegt der **Erwerb ausländischer Zahlungsmittel** gegen Rentenmark, Goldanleihe oder wertbeständiges Notgeld den gleichen Beschränkungen wie der Erwerb gegen Reichsmark. Ferner ist die **Beleihung** ausländischer Geldsorten mit Rentenmark, Goldanleihe und wertbeständigem Notgeld verboten und die Beleihung ausländischer Devisen mit solchen inländischen Zahlungsmitteln meldepflichtig. Auch dürfen einer Person oder Personenvereinigung, die im Inlande ihren Wohnsitz oder Sitz hat, auf Rentenmark, Goldanleihe oder wertbeständiges Notgeld lautende **Kredite nur** mit Zustimmung der Reichsbank eingeräumt werden. Auch gegen Rentenmark, Goldanleihe und wertbeständiges Notgeld dürfen ausländische Zahlungsmittel auf Grund der Handelskammerbescheinigung zur Beschaffung der Einfuhrwaren **nur** erworben werden, soweit der Erwerber ohne die Beschaffung der Einfuhrwaren seinen Betrieb nicht jeweils zwei Monate im Umfang der Monate Mai bis Juni 1923 fortführen könnte.

In Artikel 2 wird das **Markverkaufsverbot** auf Rentenmark, Goldanleihe und wertbeständiges Notgeld **ausgedehnt.** Es ist also verboten, Beträge in Rentenmark, Goldanleihe oder wertbeständiges Notgeld mittelbar oder unmittelbar an im Auslande ansässige Inländer oder Ausländer zu verkaufen oder zur Verfügung zu stellen, soweit die Beträge den Gegenwert von zehn englischen Pfund im Einzelfalle überschreiten.

Allerlei Enthüllungen in Bayern

Der „Badische Beobachter" erinnert an eine kürzliche Bemerkung seines Münchener Mitarbeiters, man könne sich in den nächsten Tagen auf allerlei Enthüllungen pikanter Art gefaßt mache. So hat er recht behalten und führt dazu eine Münchener Meldung der „Neuen Züricher Nachrichten" vom 7. November an, in der es heißt:

„Am letzten Sonntag sind bei der großen Trauerkundgebung vor dem Armeemuseum im ehemaligen Hofgarten zum erstenmal offiziell auch die Hitlerschen Kampftruppen vor dem Kronprinzen Rupprecht und dem General von Lossow vorbeimarschiert. Zum erstenmal haben sich ein Feldmarschallstab und ein Wehrkreiskommandant als Repräsentant der Heeresmacht vor den Hitlerschen Kampftruppen geneigt und offiziell sie damit anerkannt. Es war kein Zufall, daß an mancher Hitlerfahne ein weiß-blaues Band hing, es war auch nicht zufällig, daß die Hitlerfahne am lautesten bejubelt wurde. Hitler kann aber auch in Bayern nur marschieren, wenn droben in Preußen Stresemann weiter schwankt. Gegen Kahr kann auch heute noch Hitler nicht aufkommen. Kahr hat heute noch fest die Staatsautorität, Heer und Polizei in der Hand. Er wird in den nächsten Tagen bei einer großen Kundgebung sein Programm für das neue nationale Deutschland verkünden. Vielleicht ist diese Kundgebung der Auftakt zum großen nationalen Geschehen in Deutschland, von dem so viele eine Rettung oder wenigstens doch eine Besserung erhoffen."

Das beweist 1. daß man in Bayern in weiteren Kreisen wußte, daß etwas besonderes kommen würde und 2. daß zwischen Hitler und gewissen offiziellen Kreisen ein gutes Verhältnis bestand. Tatsächlich hieß es denn auch am 9. November zunächst, daß von Kahr, Lossow und Seißer sich zu der ihnen von Hitler zugedachten Rolle zur Verfügung gestellt hätten. Das war auch solange richtig, bis von Kahr wieder die volle Bewegungsfreiheit hatte, worauf er erklärte, daß die Vollzugsvollmacht nur in seiner Hand sei und daß Hitler und Genossen Verräter seien; er habe sich nur unter äußerem Zwang Hitler zur Verfügung gestellt und wende sich, frei geworden, gegen ihn.

Nunmehr erhält die „Südd. Ztg." Nr. 483 eine Darstellung der Vorgänge, die sie eine „eidesstattliche Erklärung von einwandfreier Seite" nennt und die zeigt ein etwas anderes Bild, als die Erklärung von Kahrs. Wir geben diese Erklärung im wesentlichen hier wieder. Sie lautet:

„Aus den seit Wochen zwischen Hitler, von Lossow, von Seißer und dem Führer des Bundes Oberland geführten Verhandlungen hat sich gegen Anfang November eindeutig ergeben, daß Lossow und Seißer persönlich von der Notwendigkeit der Errichtung einer Reichsdiktatur Hitler-Ludendorff, Lossow-Seißer, gestützt auf das Land Bayern, unter Führung Kahr-Poehner überzeigt und dafür gewonnen waren. Bei der Besprechung am 6. November nachmittag 4,30 Uhr im Generalstaatskommissariat erklärte auch Kahr, daß eine Reichsdiktatur von Bayern aus geschaffen werden müsse, daß sie im Norden aus eigener Kraft nicht kommen könne, und daß dafür jetzt der **„anormale Weg"** (Kahrs eigener Ausdruck) unter allen Umständen vorzubereiten ist."

Bevor gehandelt wurde, sollte noch eine Aussprache zwischen Kahr, Lossow, Seißer, Hitler erfolgen; Kahr lehnte jedoch die auf 7. November geplante und von Ludendorff angeregte Aussprache ab. Darauf entschlossen sich Hitler und Genossen die Plattform, von der ausgegangen werden sollte, in der Bürgerbräuversammlung am 8. November abends, in der Kahr eine große Rede hielt, durch die Tat zu schaffen, die den Putsch, wie bekannt, einleitete. Das geschah:

„Donnerstag abend 8,30 Uhr eilte nach Besetzung der Saaleingänge im Bürgerbräukeller Hitler an das Rednerpult, feuerte einen Pistolenschuß an die Decke, um Ruhe zu erhalten, und bat nach einigen wenigen Worten Kahr, Lossow und Seißer aus dem Saal in ein Nebenzimmer.

Von irgend einer Bedrohung mit der Waffe während dieser ganzen Verhandlungen kann nicht die Rede sein. Irgend eine Waffe wurde nicht gezeigt.

Hitler führte Kahr gegenüber aus, was er jetzt als notwendig erachte, und bat dann die einzelnen Herren, ihm zu erklären, daß sie die angetragenen Ämter annehmen.

Lossow fragte, wie Ludendorff sich dazu stelle, da er auf sein Urteil großen Wert lege. Hitler ließ deshalb Ludendorf tele-

Aus fremden Kulturen

Von Curt Amend.

I.

Es ist eine durch den letzten, großen Krieg ein für allemal bestätigte Tatsache, daß der Rahmen des „Weltgeschehens" und damit der „Weltgeschichte" über den Begriff Europa hinausgewachsen ist, daß wir heute erst wirklich von einer Weltgeschichte reden können — wobei wir mit echt menschlicher Selbstüberhebung den kleinen Planeten Erde = Welt setzen —, von einer Geschichte also, die alle Kulturen der Welt, alle für das Verständnis unserer Zeit wichtigen Begebnisse registriert und bespricht, mögen sich diese Ereignisse nun in Asien, Amerika, Afrika oder Europa abgespielt haben. Und wir erkennen immer mehr, wie absolut notwendig gerade für uns Europäer diese Kenntnis, dieses Verständnis ist. Denn entweder werden wir allen düsteren Prophezeiungen zum Trotz einst die ganze Welt beherrschen —, dann müssen wir sie kennen, um sie nützlich regieren zu können. Oder aber wir Europäer werden im großen Kampf um die Verteilung der Welt, in jenem gewaltigen Kriege, den man dann mit besserem Recht Weltkrieg nennen wird, unterliegen und uns als Unterlegene dem Gefüge anzupassen haben, dessen Eigenart der Sieger bestimmt —, auch dann ist es gut, rechtzeitig zu wissen, mit wem wir es eigentlich zu tun haben.

Kurz gesagt: Mit der Gleichsetzung von europäischer und Weltgeschichte ist es vorbei. Wir sind in den Kreis eines Geschehens verstrickt, das wirklich Weltgeschehen ist. Und unsere hochmütige Isolierung hat keinen Zweck. Sie ist aber auch geisttötend. Denn, da unsere europäischen Kulturen einstweilen verarmt sind, müssen wir im Austausch mit anderen, fremden Kulturen, auf dem Wege geistiger Blutmischung zu einer Regeneration der eigenen Kultur zu gelangen streben. Drei Zweige forscherischer Tätigkeit gibt es, die dabei vor allem zu interessieren haben: die politische Geschichte, die Kulturgeschichte und die Kunstgeschichte der fremden Kulturvölker.

An dieser Stelle sollen heute Werke kurz besprochen werden, die vornehmlich dem Gebiet der Kunstgeschichte angehören. Doch glaube man nicht, daß Kunstgeschichte etwas sei, was uns nur stilgeschichtliche und ästhetische Anregung zu vermitteln hat, sondern Kunstgeschichte ist eine Disziplin, die uns ebenso sehr auch den Einblick in die Kultur, in die Geistes- und Sittengeschichte eines Volkes gestattet. Leider ist das bisher viel zu wenig beachtet worden. Für den Historiker sind die kunstgeschichtlichen Denkmäler ebenso wichtige Quellen und Forschungsgrundlagen, wie die literarischen Denkmäler. Für die kulturhistorische Forschung sollte das genaue Studium der Kunst eines Volkes sogar das Allerwichtigste sein.

Oskar Beyer hat im Sibyllen-Verlag in Dresden unter dem Titel „Weltkunst. Von der Umwertung der Kunstgeschichte" ein Buch erscheinen lassen, das alle diese Probleme berührt, und zieht aus der eben geschilderten Situation die Konsequenz: er setzt an die Stelle unseres bisherigen, in jeder Hinsicht veralteten kunsthistorischen Betriebs, eines Betriebs, der mit europäischen Scheuklappen arbeitete, die Weltkunst. „Die Parole neuen Strebens lautet: Weltkunst, und das heißt die Gesamtheit aller Stilformen und Kunstbezirke des ganzen Weltkreises. Nur vor solchem Horizont gewinnt die Einzelleistung Sinn und Wert, nur so kann alles Reflektieren über Kunst künftig noch Bedeutung haben." Beyer macht dabei eine Trennung zwischen der Welt der persönlichen, der Individualkunst und der Welt der allgemeinen, typischen Gemeinschaftskunst. Letztere ist, wie er mit Recht hervorhebt, bisher zu wenig beachtet worden. Erfreulicherweise hat auch Beyer erkannt, daß Kunst nur immer eine Kunst sein kann, daß die Gegensätze erst da beginnen, wo die Unterschiede der einzelnen Stile beginnen. Kunst kann sich demgemäß auch nie entwickeln: dagegen wird man sehr wohl von einer Entwicklung der Stile, von einer Stilgeschichte sprechen können. Diese Stilgeschichte kann zur Not jeder leidlich Begabte betreiben, dagegen wird der die Kunst als solche Wertende immer etwas Besonderes sein müssen, ein Mensch mit geistiger Überlegenheit, mit großen menschlichen, sittlichen und denkerischen Qualitäten, mit initiativem Erkenntnisvermögen. Also: nicht jeder zünftige Kunsthistoriker ist ein solcher zu Wertungen berufener Kopf. Über ihm steht der „Kunstdenker", wie der Autor den Vertreter jenes höheren Typus nennt.

Das Buch von Beyer, dem eine Anzahl recht instruktiver Reproduktionen von Kunstwerken beigegeben ist, ist in seiner Art zweifellos eine Tat. Es öffnet weit die Pforte für eine Kunstbetrachtung und einen „Kunstbetrieb", wie er mit den heutigen Vorstellungen unvereinbar ist. Dabei ist es sehr gut geschrieben, mit lebendiger Kraft und Eindringlichkeit. Der Autor ist ein Mann von Geist und klarem Erkenntnisvermögen. Möge er vor allem bei denen die verdiente Beachtung finden, die das in dem Buch behandelte und mit vielen, sehr interessanten Bemerkungen gewürzte Thema fachlich angeht. Aber auch jeder Kunstfreund, jeder Freund einer vertieften Kulturauffassung sollte es lesen.

Wer, den Anregungen Oskar Beyer's folgend, sich in die Welt der „Gemeinschaftskunst", und zwar hier vor allem in die der Kunst der „Wilden" versenken will, der nehme das in seiner Art grundlegende Werk von Herbert Kühn „Die Kunst der Primitiven" zur Hand (Delphin-Verlag München). Der stattliche, 244 Seiten umfassende Band ist mit 215, zum Teil farbigen Abbildungen versehen und buchtechnisch vortrefflich ausgestattet. Die Schrift ist groß und auch für angegriffene Augen gut lesbar. Herbert Kühn erblickt in dem Schaffen der primitiven Völker, zu denen er die Völker rechnet, die keine eigene Geschichtsschreibung besitzen, das Vorwalten zweier Stilgattungen, des sensorischen (realistischen) und des imaginativen (idealistischen) Stils. Die Lektüre des Buches erbringt dem, der diese Kunst der Primitiven noch nicht kannte, den Beweis für die Richtigkeit des von Herbert Kühn vertretenen Standpunktes, daß diese Kunst selbst und als solche keineswegs primitiv ist, sondern ihre eigenen hochzubewertenden „Schönheiten" hat. Immer aber ist sie reinster Ausdruck der Welt des Primitiven. „Die Kunst hebt sich noch nicht ab von den übrigen geistigen Dingen, sie ist verbunden, verwoben mit tausend Fäden dem Leben, sie ist das Leben der Primitiven selbst." Demnach müssen wir sie betrachten lernen unter ganz anderem Aspekt, mit Augen, die frei sind vom ästhetischen Kanon Winckelmanns und Goethes. Tun wir das, dann aber in der Tat: „Welche Fülle eigener Formen, welcher Reichtum neuen Sehens, welche Buntheit neuen Schaffens!" Und es wird ohne weiteres klar, daß gerade der Künstler von heute sich mit dieser Kunst aufs aufmerksamste beschäftigen mußte, da sie ihm in allen Fragen der Formproblematik ganz ungeahnte Aufschlüsse gibt.

Inhaltlich zerfällt das Buch in mehrere Abschnitte. Nach einer sozusagen kunstsoziologischen Untersuchung über die Themata: „Der Mensch und die Kunst" und „Wirtschaft und Stil", folgen Kapitel über die Kunst des Paläolithikums in Europa, der Buschmänner, der Polarvölker, des Mesolithikums

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

sönlich verständigen und durch Auto hereinbringen. Nach seinem Eintreffen setzte Hitler nochmals die Beweggründe zu seiner Tat, die politische Lage, und das, was jetzt zu geschehen habe, auseinander und richtete dann an Ludendorff die Frage, ob er bereit sei, die Führung der Nationalarmee mit diktatorischen Vollmachten zu übernehmen. Nach kurzem Überlegen erklärte Ludendorff, daß er es für seine Pflicht in dieser Stunde erachte, Deutschlands wegen die Stelle anzunehmen. Er erklärte dann zu Lossow und Seißer, daß er von ihnen erwarte und sie des Vaterlandes wegen bitte, ebenfalls die angebotenen Ämter zu übernehmen.

Lossow trat darauf auf ihn zu mit den Worten: **„Wenn Exzellenz zusagen, dann bin ich bereit. Die Bitte von Ew. Exzellenz ist mir Befehl", und er gelobte mit Handschlag Ludendorff treue Mitarbeit.**

Dasselbe tat unverzüglich Oberst von Seißer. Es bedurfte jetzt eines beinahe halbstündigen Bittens und Flehens von Hitler, Ludendorff und Poehner, bis Kahr — nachdem er nochmals mit Lossow und Seißer, die ebenfalls zurteten, gesprochen hatte — erklärte: „Schweren Herzens bin ich bereit, der deutschen Sache und meiner bayerischen Heimat wegen das Amt des Landesverwesers von Bayern zu übernehmen," worauf er erst Ludendorff und dann Hitler die Hand gab.

Es folgte dann der gemeinsame Einzug in den Saal, wo die durch die Zeitungen vom 9. November bekannten Reden auf dem Rednerpodium, auf dem sämtliche sechs Herren gemeinsam Platz genommen hatten, gehalten wurden. — Nach Abschluß fand in dem Zimmer nebenan noch eine kurze Besprechung über die zunächst zu ergreifenden Verwaltungs- und Militärmaßnahmen statt, wobei **Kahr von der Schutzhaft der sieben Herren erfuhr, sich einverstanden erklärte** und nur um entsprechende Behandlung der in Schutzhaft Genommenen bat.

Wenn diese Angaben richtig sind — schreibt der „Badische Beobachter" — dann ist die Erklärung von Kahrs, mit der er es verständlich machen wollte, daß er sich Hitler zuerst zur Verfügung stellte, in einem andern Licht zu betrachten, als bisher, dann erklärt sich auch sehr leicht die große Erbitterung, die jetzt in den Kreisen der Hitleranhänger gegenüber Kahr besteht. Dann müßte aber auch unseres Erachtens die Rolle von Kahrs ausgespielt sein. Denn ein Mann, der sich diese Blößen gegeben hat, kann unmöglich noch weiter die Staatsautorität vertreten.

In der Nacht vom 8. zum 9. November haben wir also in Bayern folgendes Bild: Hitler handelt, gewinnt Kahr, Lossow und Seißer für sich, und läßt die Minister Knilling und Schweyer usw. inhaftieren mit Zustimmung Kahrs. Die Minister, die nicht der Versammlung beiwohnten, fliehen nach Regensburg und wenden sich von dort aus an den Reichspräsidenten, um das Eingreifen des Reichs herbeizuführen. Hitler glaubt, die Gewalt in Händen zu haben. Am andern Morgen erschienen die Aufrufe von Kahrs und Lossows, die Hitler den Kampf ansagen und im Lauf des Tags wird der Hitlerputsch von der bayerischen Reichswehr niedergeschlagen. Hitler flieht, Ludendorff ergibt sich und wird gefangen, bald darauf aber wieder gegen Ehrenwort wenigstens für den Bereich Münchens freigegeben und verpflichtet sich auf Ehrenwort „ohne Hintergedanken", keinerlei staatsfeindliche Handlung gegen die verfassungsmäßige Regierung während der Zeit der Untersuchung zu unternehmen.

*

Zu dieser Darstellung wird von einer offenbar Kahr nahestehenden Seite eine **Gegendarstellung** veröffentlicht, in der die wesentlichen Punkte der obigen Behauptungen **bestritten** werden. Vor allem wird darin festgestellt, daß doch auf Kahr und Lossow ein **Zwang** ausgeübt wurde.

Politische Neuigkeiten

Neue Vertagung der Botschafterkonferenz

Die **Botschafterkonferenz**, die Donnerstag nachmittag zu einer neuen Sitzung zusammengetreten war, ist wiederum zu keiner Einigung über die von Frankreich vorgeschlagenen Schritte in der Frage der **Militärkontrolle** und der **Rückkehr des Kronprinzen** gekommen. Die Konferenz hat sich nach zweistündiger Beratung auf Samstag vormittag **vertagt**, angeblich „um den Botschaftern Gelegenheit zu geben, ihre Regierungen über das Ergebnis ihres Meinungsaustausches zu informieren".

Es verlautet, daß die **englische Regierung** sich nach wie vor sehr energisch **gegen** die von französischer Seite geforderte Anwendung **neuer Sanktionen** ausgesprochen habe.

Nach der Havasagentur wünscht England an **keiner** in Deutschland zu unternehmenden Demarche in der Frage der Rückkehr des Kronprinzen und des Kaisers teilzunehmen. Was die interalliierte **militärische Kontrolle** anbetreffe, sei die englische **Regierung gegen jede Sanktion**. Sie wolle sich jedoch einer Demarche anschließen, um die Wiederaufnahme der Kontrolloperationen herbeizuführen.

*

Nach der „Chicago Tribune" lehnte auch der italienische Ministerpräsident **Mussolini** Sanktionen gegen Deutschland ab und beschloß, auch Belgien keine italienischen Truppen mehr zu Besatzungszwecken zur Verfügung zu stellen.

Der tschechische Minister des Äußern, **Benesch** erklärte, daß zwar die Rückkehr des Kronprinzen keine innere Angelegenheit Deutschlands sei, ebensowenig wie s. Zt. die Rückkehr des Kaisers Karl nach Ungarn. Daß aber trotzdem die Tschecho-Slovakei **weit davon entfernt**, an irgendwelche **militärische Maßnahmen** zu denken.

Smuts für eine neue Weltkonferenz

Die „Times" veröffentlicht ein Schreiben des morgen nach Südafrika zurückfahrenden General **Smuts**, indem dieser nachdrücklich dafür eintritt, daß nach dem durch die ablehnende Haltung Frankreichs bewirkten Scheitern des Versuches, einen **Sachverständigen-Ausschuß** zur Untersuchung der Reparationsfrage zustandezubringen, Großbritannien unverzüglich die Vereinigten Staaten und andere Länder zu einer Konferenz einladen solle, die sich einer Prüfung der Reparationsfrage im weitesten Umfang widmen solle. **Deutschland** könne **nicht Reparationen** bezahlen, wenn nicht die deutsche **Währung** und der deutsche Kredit wiederhergestellt würden. Diese Wiederherstellung sei nicht möglich, wenn nicht der Reparationsgesamtbetrag in Höhe eines gerechten und vernünftigen Ertrages festgesetzt und Deutschland gestattet werde, in Frieden und ohne dauernde Behinderung seine produktive Industrie wieder aufzunehmen. Selbst **wenn Frankreich nicht** an dieser neuen Konferenz **teilnehmen** wolle, müsse sie einberufen werden. Die Reparationsfrage würde alsbald zu einer großen moralischen Frage werden, es wäre nicht länger eine **Frage**, ob Deutschland die Reparationen zahlen könne und solle, sondern ob **Deutschland leben solle** oder ob es eine klaffende Wunde im Körper der westlichen Zivilisation werden solle. Der **Ruin Deutschlands** sei so tief, daß diesen Winter sehr viele der arbeitsamsten und intelligentesten Menschen **sicher sterben** würden, wenn nicht die **Wohltätigkeit anderer Nationen** sie am Leben erhalten werde.

*

Im englischen **Unterhause** erklärte **Baldwin**, er habe den Alliierten mitgeteilt, daß die Mitwirkung Großbritanniens nicht **unbegrenzte Zeit** durchgeführt werden könne, wenn die gegenwärtige Lage andauere. Es könne schwierig sein, für unbegrenzte Zeiten die Bemühung aufrechtzuerhalten, mit den Alliierten zusammenzuarbeiten, „die dies so schwierig machten". Weiter erklärte **Baldwin**: Die Verhandlungen mit **Amerika** sind durch das Vorgehen zweier unserer Verbündeten zum **Scheitern gebracht** worden. Die erste Pflicht der neuen Regierung wird sein, die **gesamte Reparationsfrage erneut zu prüfen** und über die notwendigen Schritte zu entscheiden.

Die politisch-parlamentarische Krise

Eine endgültige Entscheidung der Reichsregierung zur **Rheinlandfrage** steht noch aus. Zunächst scheint sich die **Zahlungssperre** nur auf die **Erwerbslosen- und sonstige Unterstützungen** und zwar erst **vom 25. November ab** erstrecken zu sollen. Man wartet auch das Ergebnis der Verhandlungen der Rheinlande mit der **Rheinlandkommission** in Koblenz ab, die am Mittwoch wieder aufgenommen worden sind.

Erschwert wird die Lage auch durch die **unsichere Stellung des Reichskabinetts** gegenüber den Parteien. Die **Sozialdemokraten** kündigten die Einbringung eines **Mißtrauensantrags** im Reichstag an. Würde dieser von den **Deutschnationalen** unterstützt, so würde er eine Mehrheit finden, und **Stresemann zum Rücktritt** genötigt sein. Wie eine neue Regierung gebildet werden soll, ist völlig unklar.

Von der Rechten wird, wie die „Ffr. Ztg." meldet, eifrig für **ein Direktorium** Stimmung gemacht, daß dann **ohne Rücksicht auf das Parlament** die Geschäfte weiterführen soll, lediglich gestützt auf den Artikel 48 der Reichsverfassung und auf den militärischen Ausnahmezustand und die Reichswehr. In den Parteien der Linken wird zwar an die Wiederaufrichtung der alten Koalition der Nationalversammlung gedacht, aber so ziemlich jedermann ist sich darüber klar, daß die Chancen dieser Lösung gegenwärtig äußerst gering oder vielleicht sogar gleich null sind. Trotz dieser Ratlosigkeit über das, was nachher geschehen soll, ist der Eindruck allgemein, daß die **Lebenstage des Kabinetts Stresemann gezählt** seien.

*

Köln, 15. Nov. Der 15er Ausschuß der politischen Parteien und der Wirtschaftsausschuß für die **gesamten** besetzten Gebiete haben telegraphisch beim Reichspräsidenten und beim Reichskanzler Dr. Stresemann **Einspruch** gegen die etwaige unterschiedliche Behandlung der Erwerbslosen des besetzten und unbesetzten Gebietes eingelegt und auf die katastrophalen Folgen hingewiesen.

Die Beamtenorganisationen beim Reichskanzler

Die **Beamtenspitzenorganisationen** wurden am Donnerstag beim **Reichskanzler** empfangen. Der Sprecher der Organisationen behandelte die Fragen der **Beamtenbesoldung**, der **Arbeitszeit** und des Beamtenaubbaues. Er wandte sich gegen ein weiteres Sinken des Realeinkommens; für die Arbeitszeit der Beamten wünschte er grundsätzliche Aufrechterhaltung des 8-Stundentags. Er sprach sich ferner gegen die durch die **Personalabbauverordnung** eingetretene Verletzung der Rechte der Beamtenschaft aus. Insbesondere wies er auch auf die Frage des **Beamtenrätegesetzes** und die verzweifelte Lage der Beamtenschaft im **besetzten Gebiet** hin.

Der **Reichskanzler** antwortete mit ausführlichen Darlegungen über die politische Gesamtlage und gab dann in bestimmter Weise der Absicht der Reichsregierung Ausdruck an den Grundlagen des **Berufsbeamtentums** nicht rütteln zu lassen, da es die letzte starke Klammer für den Zusammenhalt des Reichs sei. Er rechtfertigte die getroffenen Regierungsmaßnahmen mit dem Hinweis auf die **trostlose Finanzlage** Deutschlands und der auch den Berufsorganisationen bekannten **schweren Not des ganzen Volkes**. — Die Beamtenorganisationen wollen zu der durch den Verlauf der Besprechung geschaffenen Lage noch Stellung nehmen.

Kurze Nachrichten

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags wird erst am Montag zusammentreten.

Wiederaufnahme der deutsch-französischen Schiedsgerichte. Auf Grund der in **London** getroffenen Abmachungen sind die Arbeiten des gemischten deutsch-französischen Schiedsgerichts, die seit Beginn der Ruhrbesetzung unterbrochen waren, wieder aufgenommen worden.

Der Staatsgerichtshof und der Münchener Putsch. Wie aus **Leipzig** gemeldet wird, beschäftigt sich die **Reichsanwaltschaft** bereits mit der Münchener Verschwörung. Der Staatsgerichtshof wird seine Zuständigkeit in der Münchener Hochverratsaffäre mit allem Nachdruck geltend machen.

Der bayerisch-thüringische „Grenzschutz" wird zurzeit auf beiden Seiten abgebaut.

Abbruch des Berliner Buchdruckerstreiks. Wie der „Vorwärts" mitteilt, haben die graphischen Organisationen den Abbruch des Streiks im Buchdruckergewerbe angeordnet.

Der Herzog von Cumberland †. In **Gmunden** im Salzkammergut ist Herzog Ernst August von Cumberland im 78. Lebensjahr einem Schlaganfall erlegen.

Badische Uebersicht

Schlüsselzahlen

Badischer Einzelhandel: 600 (Vortag 300) Milliarden.
Badische Landesindexziffer (mit Bekleidung): Stichtag 12. Nov. 205,3 Milliarden (Vorwoche 100,82).
Badische Landesindexziffer (ohne Bekleidung): Stichtag 12. Nov. 182,7 Milliarden (Vorwoche 86,387).
Reichsindexziffer: Stichtag 12. Nov.: 218,5 Milliarden (Vorwoche 98,5).
Großhandelsindexziffer: Stichtag 13. Nov.: 265,6 Milliarden (Vorwoche 129).
Goldumrechnungssatz für die Reichssteuern 600 Milliarden.
Goldmark: 601 500 000 000.
Buchhandelsindex: 320 Milliarden.
Schlüsselzahl für Anzeigen 800 Millionen.

Gegen Wucherer und Schieber

Wie wir erfahren, ist der **erste Transport** von der Polizei festgenommener **Wucherer und Schieber** im polizeilichen **Arbeitshaus Kislau** eingetroffen. Sie werden dort, wie im Arbeitshaus üblich, beschäftigt und beköstigt. Sonderwünsche, wie auch Beschäftigung nur mit Schreibarbeit oder dergl. werden nicht berücksichtigt.

Auszahlung der Militärrenten am 19. Nov. 1923

Das Hauptversorgungsamt Karlsruhe teilt mit: Infolge der fortschreitenden Geldentwertung hat das Reichsarbeitsministerium eine weitere Rentenzahlung für alle nach dem Reichsversorgungsgesetz, Altrentnergesetz, Kriegspersonenschädengesetz usw. versorgten Personen angeordnet. Die Auszahlung der Gebührnisse erfolgt nach Anordnung des Reichsarbeitsministeriums in derselben Weise wie die üblichen Rentenzahlungen am 29. jeden Monats. Diejenigen Rentenempfänger, die also ihre Renten am 29. bei der Post abholen, müssen die Zwischenzahlung am 19. November 1923 bei der zuständigen Postanstalt abheben. Wer seine Versorgungsgebührnisse regelmäßig durch den Briefträger ins Haus gebracht oder auf Konto überwiesen bekommt, erhält auch diese Zahlung am 19. auf diesem Wege.

Eine Ansprache des Wehrkreiskommandeurs V

Der Militärbefehlshaber des Wehrkreises V, Generalleutnant **Reinhardt**, versammelte am Dienstag im großen Saal des **Ulmer** Rathauses Abordnungen der Truppen aus Ulm und Wiblingen zu einer Aussprache um sich. Hierzu waren Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden geladen. Nach einem Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte der Reichswehr und ihrer Tätigkeit bis zum heutigen Tage wies der General auf die hohe Aufgabe hin, die der Reichswehr gestellt ist, **auf dem Boden der Verfassung**, über den Parteien stehend, aber festgewurzelt im deutschen Volke ein zuverlässiges Machtmittel des Staates zu sein. Hierzu bedürfe das junge Heer eines festen Zusammenhalts und selbstloser Hingabe an die Sache des schwer ringenden Vaterlandes. Jeder einzelne müsse sich seiner verantwortungsvollen Stellung im Staatsbetriebe stets würdig erweisen. Mit einer Anerkennung für die bisher erreichte militärische Tüchtigkeit und die gute Haltung der Truppen schloß er die Ansprache.

Aus dem besetzten badischen Gebiet

Offenburg, 14. Nov. Wie das hiesige „Tageblatt" erfährt, ist in Verhandlungen mit dem Kommando des Gebiets Offenburg erreicht worden, daß Offenburg wieder eine **Polizei** erhält. Das Blatt bemerkt dazu: „Die Zustände, wie sie sich mehr und mehr in Offenburg herausgebildet haben, machten schon lange einen polizeilichen Schutz nötig. Unsere Bevölkerung ist nicht durchweg so, daß ohne Polizei auszukommen wäre. Es haben sich auch verschiedene Leute in Offenburg seßhaft gemacht, die, trotz aller Freizügigkeit, wieder einmal abgeschoben werden müssen, da sie hier absolut nichts zu suchen haben und auch nicht gewillt sind, in der Wirtschaft nach Maßgabe ihrer Kräfte und der bestehenden allgemeinen Lage mitzuarbeiten. Der Stadtrat hat die Sorge nach polizeilichem

---

in Europa, der Australier, über die Kunst des Neolithikums, der Broncezeit und der ersten Eisenzeit, der Neger, der Indianer, der Ozeanier und schließlich über die Kunst Kretas und Mykenäs, der Kunst von Benin (Nordwestafrika), Mexikos, Perus, der Völkerwanderungszeit in Europa. Man sieht: der Autor hat die Grenzen seines Gebiets weit gesteckt. Wie er es im einzelnen bearbeitet, das verdient unsere freudige Anerkennung, bei aller Zurückhaltung gegenüber Einzelauffassungen. Es ist gut, daß dieses Buch geschrieben wurde. Sein Wert wird durch die vielen Bildbeigaben, sowie ein umfassendes Literaturverzeichnis und ein Namensregister noch erhöht.

Die große Kunst der außereuropäischen Kulturvölker, also im wesentlichen der Asiaten, ist von Kühn mit guten Gründen nicht berücksichtigt worden, da wir hier bereits auf Kunstformen und Kunstanschauungen stoßen, die, mögen sie auch die Verwandtschaft mit der Kunst der Primitiven, mit der Gemeinschaftskunst, nicht verleugnen, doch eine im geistigen und religiösen Sinne höher geartete Menschheit voraussetzen. Wer sich über die Kunst dieser großen Kulturvölker Asiens unterrichten will, der ist mit in erster Linie auf die von uns hier schon mehrfach mit offenkundiger Bewunderung besprochenen Sammlung „Die Kunst des Ostens", herausgegeben von William Cohn (Verlag Bruno Cassirer, Berlin) angewiesen. Als neuester Band ist kürzlich „Die christliche Kunst des Ostens" von Heinrich Glück erschienen. (Mit 132 Tafeln und 13 Textabbildungen). Der Gedanke lag nahe, im Bild und in zusammenfassender Darstellung einmal zu zeigen, wie sich die christliche Kunst auf asiatischem bezw. osteuropäischem Boden ausgewirkt hat. In Betracht kommen dabei neben den künstlerischen Schöpfungen des Urchristentums (Handschriften), die Gebiete des Iran, Westasiens, des alten Byzanz, Venedigs, Siziliens, Osteuropas. Dem Autor kam es vor allem darauf an, den „geistigen Inhalt der christlichen Kunst des Ostens zu vermitteln, und zwar im Hinblick auf das Fremdartige, das darin dem heutigen Europäer entgegentritt." Dementsprechend hat er auch seinen Stoff gegliedert, und dieser Gliederung paßt sich wieder die Reihenfolge der Abbildungen an. Sein Ziel hat Glück durchaus erreicht. Es ist eine anregende, tiefschürfende, die geistige Entwicklung und den Kampf der Stilarten klar herausarbeitende Darstellung entstanden. Dem Verlag hat man wieder Dank zu wissen für die gediegene und vornehme Ausstattung, die er diesem Band, wie seinen Vorgängern, zuteil werden ließ.

Das Buch von Heinrich Glück berührt in einem besonderen Kapitel die Auseinandersetzung östlicher Anschauungen mit denen des Westens. Alfred Salmony geht in seinem bei Gustav Kiepenheuer-Potsdam erschienenen Buch „Europa — Ostasien", Religiöse Skulpturen" weiter: er vergleicht systematisch auf breiterer Basis die religiöse Kunst Europas mit der Ostasiens, und zwar unter Beschränkung auf das Gebiet der religiösen Plastik. Seine, von zahlreichen Bildern begleitete Untersuchung, ist überaus interessant, aber auch überaus fruchtbar. Sie gipfelt in der Erkenntnis, daß die Abläufe der Kunstentwicklung im Osten und Westen uns dieselbe Gesetzmäßigkeit des Geschehens zeigen, daß aber auf allen Stufen unter der Hülle des Verwandten der selbständige Wesensgehalt zu Tage tritt, nämlich „die ekstatische Anspannung des faustischen Ringens um Gott im Westen und die erschütternde Ruhe, der buddhistische Einklang mit allem Dasein im Osten." Salmony konstatiert die Gesetzlichkeit im Geschehen des religiösen und künstlerischen Lebens. „Nicht Ornament und Falte, die Bewegungsvorgänge im Verhältnis zu Gott und Umwelt sind gleich. Erfaßbar ist der Ausdruck dieses Geschehens für jeden kunstfühlenden Menschen . . . In diesem Sinne ist die bildende Kunst und besonders die religiös inspirierte Großplastik tatsächlich die einzige (wir würden sagen: die beste. Red.) Universalsprache." Selbstverständlich geht auch Salmony — und er tut dies mit scharfen Worten — davon aus, daß die einseitige Einstellung des Europäers der Kunst gegenüber ein trauriger Irrtum gewesen ist bezw. heute noch ist.

„China und Europa im 18. Jahrhundert", so lautet der Titel eines ebenso aufschlußreichen und fesselnden Buches, das Adolf Reichwein im Verlage von Oesterheld & Co., Berlin, erscheinen ließ. (Mit 26 Abbildungen). Die geistigen und künstlerischen Beziehungen zwischen China und Europa im 18. Jahrhundert exakt und mit guter Sachkenntnis untersucht und besprochen zu sehen, war schon lange der Wunsch der Kunstfreunde. Sie wußten, daß die europäische Kultur des 18. Jahrhunderts, also im wesentlichen die Kultur des Rokoko, ohne die Einflüsse Chinas nicht gedacht werden kann. Hier ist Reichwein in die Bresche gesprungen und hat uns das lang entbehrte Werk über jenes Thema dargeboten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Schutz nie aus dem Auge gelassen und alles getan, was er tun konnte. Dafür darf man ihm Anerkennung zollen, wie auch den Bürgern Dank gebührt, die dem Wachdienst sich bisher freiwillig unterzogen haben."

Angestelltenversicherung

hat in letzter Zeit fortgesetzt Veränderungen erfahren. Nach der letzten Verordnung gelten vom 12. November ab folgende Gehalts- und Beitragsklassen:

Gehaltsklasse	monatlicher Entgelt von mehr als M.	monatlicher Entgelt bis zu M.	Monatsbeitrag M.
44	—	5 Billionen	168 Milliarden
45	5 Billionen	7 Billionen	224 "
46	7 Billionen	10 "	316 "
47	10 "	15 "	466 "
48	15 "	20 "	652 "
49	20 "	25 "	838 "
50	25 "	—	1 024 "

Anträge auf Abgabe von Marken zum bisherigen Verkaufspreise können nicht berücksichtigt werden. Der Wertaufdruck auf den Marken lautet über den zweitausendsten Teil des jetzigen Verkaufspreises.

Die Zahl der Rechtsanwälte in Baden im Jahre 1923

Nach Mitteilung des Statistischen Landesamts waren am 1. Januar d. J. bei den badischen Land- und Amtsgerichten insgesamt 455 Rechtsanwälte zugelassen. Am 1. Januar 1914 betrug die Zahl der zugelassenen Rechtsanwälte 482, mithin ist heute die Zahl der Rechtsanwälte geringer als vor dem Kriege. Die Abnahme erscheint aber umso größer, wenn man die Entwicklung der Jahre 1901—1914 ins Auge faßt. Während am 1. Januar 1901 224 Rechtsanwälte zugelassen waren, hat sich deren Zahl bis 1914 geradezu verdoppelt. Dabei ist die Bevölkerung Badens keineswegs in demselben Maße gestiegen: von 1,9 Millionen im Jahre 1900 auf 2,1 Millionen im Jahr 1910. Im einzelnen mag der Rückgang, der ein Ausdruck der Verarmung weitester Kreise ist, aus nachstehender Übersicht über die Verteilung der Rechtsanwälte auf die einzelnen Landgerichtsbezirke ersehen werden:

	Konstanz	Waldshut	Freiburg	Offenburg	Karlsruhe	Mannheim	Heidelberg	Mosbach
1. I. 1914	39	14	76	41	122	109	44	18
1. I. 1923	39	9	63	34	119	113	41	17

Beim Oberlandesgericht waren im Jahr 1914 19 Rechtsanwälte, im Jahre 1923 20 Rechtsanwälte zugelassen.

Der Einzelhandel zur Erhöhung der Grundpreise

Zur Erhöhung der Grundpreise von verschiedenen Artikeln im Einzelhandel, teilt die Landeszentrale des badischen Einzelhandels eine Zuschrift an das Badische Ministerium des Innern mit, in der es heißt: Nach Mitteilungen aus unseren Mitgliedskreisen, die durch entsprechende Belege gestützt werden, haben zahlreiche Fabrikanten in den letzten Tagen die Warengrundpreise in ganz außerordentlichem Maße hinaufgesetzt und nahezu jede Post bringt weitere Erhöhungen der Grundpreise seitens der Lieferanten und der von ihnen abhängigen Grossisten. So wurden beispielsweise bei Schuhwaren die Grundpreise seitens der Fabrikanten in den letzten Tagen mit einem Schlage um 60 bis 120 Prozent erhöht was bei dem gegenwärtigen gleichzeitigen dauernden Ansteigen des Goldmarkmultiplikators von geradezu verheerendem Einfluß auf die Versorgung der Bevölkerung mit diesem Artikel sein muß. In anderen Artikeln des täglichen Bedarfes, insbesondere in der Lebensmittelbranche, liegen die Verhältnisse kaum besser, wobei die Produzenten nicht an letzter Stelle genannt sein mögen. Die Frage inwieweit diese exorbitante Erhöhung der Grundpreise seitens der Produzenten und Lieferanten gerechtfertigt erscheint, soll hier nicht näher untersucht werden, als berufene Vertretung des badischen Einzelhandels möchten wir aber auf die Auswirkung hinweisen, die dieses für die Verteilung der Waren durch den Einzelhandel haben muß. Es ist selbstverständlich, daß der Einzelhandel gezwungen ist, den Grundpreiserhöhungen der Produzenten und Lieferanten zu folgen, da er sonst nach kürzester Frist zumachen müßte. Diese Maßnahme wird aber zu einem weiteren Anstieg der Warenpreise außerhalb der Dollarkurse führen, die ohne entsprechende Aufklärung zweifellos wiederum dem Einzelhandel in die Schuhe geschoben würde. Die maßgebenden Reichsbehörden möchte veranlaßt werden, die Preisgestaltungspolitik der Lieferantensyndikate und -Kartelle einer scharfen Nachprüfung zu unterziehen.

Mit dieser Angelegenheit beschäftigen wir uns auch an anderer Stelle unseres heutigen Blattes.

Aus der Landeshauptstadt

Ein neuer Posttarif. Am 20. November werden die Posttarife wieder wesentlich erhöht.

Zurückerstattung des Fahrgeldes nichtbenutzter Fahrkarten. Das Fahrgeld für Fahrkarten, die zur Fahrt nicht benutzt wurden — mit Ausnahme der am Lösungstage nicht zurückgegebenen — wird, sofern kein rechtlicher Anspruch auf Erstattung besteht, z. B. beim Ausschluß von der Beförderung, Zugsüberfüllung, Anschlußversäumnis, bei der deutschen Reichsbahn mit sofortiger Wirkung vorläufig nicht mehr von den Stationen, sondern nur noch von den Betriebsinspektionen, Verkehrsämtern oder den Reichsbahndirektionen erstattet.

„Winternothilfe." Die Wiederholung des „Totentanzes", dessen Reinertrag der Evang. Jugend- und Wohlfahrtsdienst in edelster Absicht der Winternothilfe vollständig zur Verfügung stellte, zeitige einen sehr schönen Erfolg. Beinahe 11 Millionen konnten abgeliefert werden, mit denen wieder manche Not gelindert werden kann.

Dividendezahlung in Lebensmitteln. Im Hinblick auf die herrschende Notlage hat der Aufsichtsrat der A.-G. Sinner in Karlsruhe-Grünwinkel seinen Aktionären, die innerhalb eines Kreises von 150 Kilometer von Karlsruhe ihren Wohnsitz haben, freigestellt, die zu erwartenden Devidenden je nach ihrer Wahl in Geld oder Lebensmittel zu beziehen, welch letztere frei Wohnort des Empfängers geliefert werden.

Wegen Forstfrevels (Holzdiebstähle) wurden 18 Personen zur Anzeige gebracht. 16 Äxte und Sägen, sowie eine größere Menge gestohlenes Holz wurde beschlagnahmt.

2. Kammerorchesterkonzert. Samstag, den 17. November wird Emil Kahn seinen mit so großem Erfolge aufgenommenen Kammerorchesterkonzert vom September einen zweiten Abend folgen lassen und wieder „musikalische Leckerbissen" vorsetzen. Es werden wieder einige klassische Werke den Beginn machen: die maurische Trauermusik von Mozart, und das Siegfried Idyll von Wagner in seiner Originalfassung. Es folgt eines der wertvollsten Werke von Dvorak, die Bläserserenade mit Cello und Contrabaß. Den zweiten Teil und den Clou des Abends bringt die erste Karlsruher Aufführung der Kammersinfonie von Schönberg für 15 Spielinstrumente. Dieses prächtige Programm dürfte wohl bedeutende Anziehungskraft ausüben. Das Konzert findet in der kleinen Festhalle statt. Konzertdirektion Kurt Neufeldt besorgt den Vorverkauf.

Landestheater. Die Leitung des Landestheaters hat schon wiederholt und sorgfältig die Möglichkeit erwogen, außerhalb des Rahmens ihres eigentlichen, nach allgemeineren Gesichtspunkten orientierten Repertoires „Kammerspiel"-Vorstellungen solcher Werke zu veranstalten, die sowohl durch die Wahl ihrer Probleme wie durch die kühnen und eigenartigen, oft stark umstrittenen Lösungsversuche einen besonderen Platz innerhalb unserer modernen und modernsten Dramatik einnehmen und nicht mit herkömmlichen Maßstäben gewertet werden wollen. Um nun die Durchführbarkeit dieses Gedankens praktisch zu erproben, soll demnächst im Saale des hiesigen „Künstlerhauses ein Versuch dieser Art unternommen werden, dem sich bei günstigem Ergebnis in angemessenen Zeitabständen eine Anzahl Aufführungen weiterer Werke anschließen würde.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 72 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen: des Staatsministeriums: Kartoffelversorgung; des Arbeitsministers: die Beitreibung von Forderungen der Anstalten der Reichsversicherung und der Innungen.

DZ. **Mosbach.** 15. Nov. In der Sache Überfall auf Bergdoll wird am 22. November vor der Strafkammer Mosbach die Verhandlung gegen die Verbrecher, welche Bergdoll in seinem Hotel überfallen hatten, um ihn zu verschleppen, stattfinden.

DZ. **Herrenalb,** 14. Nov. Der 57jährige Wegwart und Vorarbeiter Jakob **Waidner** ist bei einer Wegkorrektur im Walde vor dem „Kurzen Mäuerle" durch einen Erdrutsch verschüttet und so schwer verletzt worden, daß er alsbald starb.

Kaiserslautern, 12. Nov. Da es den hiesigen Banken infolge Geldmangels nicht mehr möglich ist, fremde Zahlungsmittel in deutsches Geld umzuwandeln, waren die Devisenbesitzer gezwungen, ihre Papiere an anderen Stellen umzutauschen. Und so entstand denn eine sogenannte Schieberbörse. Als Tätigkeitsort wurde ein großer Platz gewählt und zwar der Stiftungsplatz. Früh morgens setzte das „Schieben" ein und noch abends, wenn die Dunkelheit sich schon längst herabgesenkt hat, wird noch gefeilscht. Französische und Schweizer Franken, Pfund und Dollar gehen hier gegen ungeheure Papiersummen (welche später vom Reich eingelöst werden müssen!) in andere Hände über.

Ludwigshafen a. Rh., 15. Nov. Gestern erfuhr die hiesige **Schieberbörse** durch die Erwerbslosen eine unliebsame Störung. Nach einer stattgefundenen Versammlung zogen die Erwerbslosen zur Schieberbörse, um nach längerer Beobachtung der wucherischen Vorgänge gründlichst einzugreifen. Daß es dabei nicht ohne blutige Köpfe bei manchen abging, ist verständlich. Mehreren Hauptschiebern wurden auch erhebliche Beträge abgenommen. Nach dem Vorfall war das Börsengeschäft sehr ruhig und auch am Abend war auf der Börse nichts los. Niemand getraute sich mehr Geld zum Vorschein zu bringen.

Stuttgart, 15. Nov. Heute nachmittag stieß eine Lokomotive, die auf das Haltesignal nicht achtete, bei **Münster** am Neckar auf einen entgegenkommenden Lokalzug. 7 **Personen** wurden getötet und etwa 30 verletzt. Der Lokomotivführer des Personenzuges wurde getötet, während der Führer der Güterzugslokomotive verletzt wurde.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

		Amtl. Berliner Kurs v. 15. Nov. Geld	Brief
Amsterdam	—	947 525 000 000.—	952 375 000 000.—
Kopenhagen	—	428 925 000 000.—	431 075 000 000.—
Italien	—	107 730 000 000.—	108 270 000 000.—
London	—	10 982 500 000 000.—	11 027 500 000 000.—
Newyork	—	2 513 700 000 000.—	2 526 300 000 000.—
Paris	—	137 655 000 000.—	138 345 000 000.—
Schweiz	—	442 880 000 000.—	445 110 000 000.—
Prag	—	73 815 000 000.—	74 185 000 000.—

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Der amtliche Berliner Dollarkurs von heute Freitag beträgt wie gestern 2513,700 Milliarden.

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für **Mündelgelder und als wertbeständige Effekten** sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Billionen Mark)

5% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca.	25
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	ca.	22
5% Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe	ca.	3,52
7% Neckarwerke Goldanleihe	ca.	2,5
5% Preußische Kali-Anleihe pro 100 kg	ca.	7
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Ztr.	ca.	—
5% Süddeutsche Festwertbank-Oblig.	ca.	2
Dollarschatzanweisungen des Deutschen Reichs	ca.	—
Goldanleihe d. Deutschen Reiches	ca.	1,260

Ferner nennen wir noch die nicht mündelsichere 5% wertbeständige Anleihe Freudenberg Carl, G. m. b. H., Lederfabrik Weinheim . . . ca. 600 Mill.

Entschädigung für Minderung, Beschädigung oder Verlust von Gütern durch die Eisenbahn. Die Verkehrsabteilung der Handelskammer Karlsruhe teilt uns folgendes mit: Nachdem die Eisenbahnverwaltung ab 1. November 1923 die Goldrechnung eingeführt hat, erfolgt die Entschädigung für Minderung, Beschädigung oder Verlust von Gütern durch die Eisenbahn vom gleichen Zeitpunkt ab ebenfalls in Goldmark. Die Rechnungen sind deshalb der Eisenbahn in solchen Fällen in Goldmark vorzulegen. Gleichzeitig hat der Reichsverkehrsminister angeordnet, daß in Entschädigungsfällen, die vor dem 1. November eingetreten sind, eine Entschädigung in Goldmark eintreten kann.

Weinpreise. In der letzten Zeit wurden in **Staufen** einige Weinverkäufe getätigt, und zwar kam 1923er zum Verkauf. Bezahlt wurde im Durchschnitt pro Ohm 60—100 Goldmark. Für einen Posten wurde sogar 120 Goldmark bezahlt.

Die **Badische Landwirtschaftsbank** e. G. m. b. H. ist als Devisenbank zugelassen worden.

Staatsanzeiger.

Die Festsetzung der Ortslöhne nach der R.V.O. betr.

Auf Grund der §§ 149 ff. R.V.O. wird der ortsübliche Tagesentgelt gewöhnlicher Tagearbeiter (Ortslohn) mit Wirkung vom **5. November 1923** festgesetzt wie folgt:

Im Bezirk der Versicherungsämter:	Männer über 21 J.	Männer von 16 bis 21 J.	Männer unter 16 J.	Frauen über 21 J.	Frauen von 16 bis 21 J.	Frauen unter 16 J.
	in Milliarden Mark					
1. Achern, Bretten Bühl	286	258	177	187	172	128
2. Bruchsal, Ettlingen, Rastatt und Landgemeinden B.-Baden, Durlach. Karlsruhe und Pforzheim	296	263	167	204	184	132
3. Stadtgemeinden: Baden, Durlach, Karlsruhe, Pforzheim	374	307	212	246	206	150

Karlsruhe, den 9. November 1923.

Bad. Oberversicherungsamt.

Beste, handhabungssichere
SPRENGSTOFFE
Sprengkapseln und Zündschnüre
zum Sprengen von Baumstumpen
Pulverfabrik Ettlingen (Baden)
Telephon Nr. 8

Morgen Samstag, 17. Nov., 8 Uhr, kl. Festhalle
2. Kammerorchester-Konzert
mit dem
Landestheaterorchester
unter Leitung von Kapellmeister
Emil Kahn.
Mozart: Maurische Trauermusik. Dvorak: Bläser-Serenade. Wagner: Siegfried-Idyll. Schönberg: Kammer-Symphonie.
Karten zu 2.50, 2.—, 1.50 u. 1.— Goldmark bei
Kurt Neufeldt, Waldstraße 39.

Badisches Landestheater.

Samstag, 17. Nov. 7 b. n. 10 Uhr. Sp. I. 3.50 M. Abonnement F 7.
Th. Gem. B. V. B. Nr. 5801—6100 u. 6901—7100
Herodes und Mariamne.

Spielplan vom 18.—27. November.

Im Landestheater. So. 18., nachmittags 2½. **Aschenputtel.** (1.80, 1.50, 1.—, 0.60, 0.50.), abends 6½. **Der Bettelstudent.** (Sp. I 6.—.) Th.-Gem. Nr. 6100—6400. — Mo. 19. Volksbühne. L 5. **Hamlet.** 7. (Sp. I 3.50.) — Die. 20.* D 7. **Der Widerspenstigen Zähmung.** 7. (Sp. I 3.50.) Th.-Gem. Nr. 7301—7800. — Mi. 21. Volksbühne. J 6. **Cavalleria rusticana. — Der Bajazzo.** 7. (Sp. I 4.50.) — Do. 22. Volksbühne. M 2. **Hannele's Himmelfahrt.** 7½. (Sp. I 3.50.) — Fr. 23.* G 6. **Der Bettelstudent.** 7. (Sp. I 4.50.) Th.-Gem. Nr. 3201—3600. — Sa. 24.* E 7. Neu einstudiert. **Prinz Friedrich von Homburg.** 7. (Sp. I 3.50.) Th.-Gem. Nr. 3101—3200, 7801—8000. — So. 25. Gastspiel von Otto Fanger vom Opernhaus Frankfurt a. M. **Tristan und Isolde.** Tristan: Otto Fanger. 5. (Sp. I 6.00.) Th.-Gem. Nr. 3001—3100 u. III. Sondergruppe der Th.-Gem. Beginn des Verkaufs zu dieser Vorstellung am Donnerstag, den 22. — Mo. 26. Volksbühne. L 6. **Hamlet.** 7. (Sp. I 3.50.) — Die. 27. Gastspiel von Ami Schwaninger und Iril Gadeslow. Zum ersten Male. **Der Schleier der Pierette.** Pantomime von Arthur Schnitzler. Musik von Ernst von Donanyi. Hierauf: **Tänze.** 7½.

Im Konzerthaus. So. 18.* **Liselott von der Pfalz.** 7. (Park. I 2.50.)

Schlüsselzahl der Eintrittspreise vorbehalten. Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 17., nachm ½4—5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 19. an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung i. d. Geschäftsstelle (10—½1, 4—6 Uhr.)

Abonnement-Einzahlung für das 3. Sechstel (8. bis 12. Vorstellung) vom 19.—21. Nov. Hauseinzug vom 22. an. Preise: I. Rang und Sperrsitz I 4.00, Sperrsitz II und Parterre-Loge 3.50, II. Rang 3.00, III. Rang 2.20, nach der Schlüsselzahl am Tage der Zahlung. Zettel: 30 Millarden. Einzugsgebühr: Preis einer Straßenbahnfahrt.

Ein Heimatbuch von bleibendem Werte!

Ekkhart

Jahrbuch für das Badner Land

Im Auftrag des Vereins „Badische Heimat" herausgegeben
Künstlerisch ausgestattet
mit wertvollem Bildmaterial von Hans Thoma, H. A. Bühler, C. Liebich, Adolf Hildenbrand, Albert Haueisen, Ernst Würtenberger u. a. m.

Jahrgang 1921. Grundpreis M. 1.—, 1922 ausverkauft, 1923 Grundpreis M. 1.—. **Jahrgang 1924.** Grundpreis M. 2.50. Inhalt: Zum Geleit. Von Hans Thoma. Ernst Würtenberger. Von W. E. Oeftering. (6 Abb.) / Gedichte von Hermann Burte. / Das Münster in Konstanz. Von J. Sauer, Freiburg. (4 Abb.) / Das Bernauer Schwarzwaldhaus. Von Ludw. Schmieder, Heidelberg. (7 Abb.) / Der Wald. Ein Epilog. Von Otto Hoerth, Freiburg. / Franz Philipp. Von Wilh. Schwarz, Freiburg. / Kreuze und Bildstöcke der Lahrer Gegend. Von Herm. Eris Busse, Freiburg. (8 Abb.) / Die Hauensteiner Volkstracht. Von Aug. Rich. Maier, Karlsruhe. (8 Abb.) / Der Pfälzer Volks- und Dialektdichter K. G. Nadler. Von Ernst Traumann, Heidelberg. / Fränkische Brunnen. Von Emil Baader, Bretzingen. / Das Perpetuum mobile. Eine Parabel von Fritz Berger, Freiburg u. a. m.

Grundpreis × Schlüsselzahl des Buchhandels

Verlag G. Braun, G. m. b. H., Karlsruhe, Karlfriedrichstr. 14

Druck G. Braun, Karlsruhe.